

> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: Postulat von von Juliana Nufer, FDP-Fraktion: Guter Wein in falschen Schläuchen - Stiftungen versus öffentlich rechtlichen Anstalten oder Ähnliches

Autor/in: [von Juliana Nufer](#)

Mitunterzeichnet von: Hollinger, Mangold, Oestreicher, Richterich, Rufi und Schäfli

Eingereicht am: 26. März 2009

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Im Zuge der Überarbeitung des Fusionsgesetzes hat der Gesetzgeber das Thema Stiftungen aussen vor gelassen.

Was heisst das: Gesetzlich gibt es keine Grundlage wie aufgezeigt wird, wo eine Stiftung umgewandelt werden kann.

Warum diese Anfrage:

In vielen Gemeinden gibt es verschiedene Institutionen, welche unter einer Stiftung laufen, z.B. Alters- u. Pflegeheime.

Im Zusammenhang mit der Aufgabenteilung Bund/Kanton/Gemeinden wurde konkret die Altersversorgung bei den Gemeinden belassen und zusätzlich wurden andere Player wie z.B. Spitex ebenfalls in die Verantwortung der Gemeinden entlassen.

Zurzeit laufen verschiedene Diskussionen in verschiedenen Institutionen zu den Themen Zahlungsströme, Budgetverantwortung und möglichen Kooperationen im Pflegesegment zur Optimierung der Leistungen und kundenfreundlichem Angebot.

Die anstehenden Herausforderungen:

Die Stiftungen sind Gebilde, welche für gewisse Abwicklungen sinnvoll sind und sich auch bewährt haben. Im Zuge der Aufgabenteilung sind manche Stiftungen aber nicht mehr das richtige Gefäss.

Auf Stufe Stiftungen und Gemeinden zeigt sich immer wieder Konfliktpotenzial im Bereich: Wer entscheidet strategisch und wer operativ? wer bezahlt? wer ist in der Verantwortung?

Dies gibt immer wieder unschöne, auch machtpolitisch gefärbte Diskussionen, welche sogar so weit zu Konflikten führen, dass die meistens ehrenamtlichen Personen überfordert sind und den Ball gefährlich lang hin und her schieben und keine Entscheide mehr gefällt werden.

Lösungsansatz:

Eine mögliche Lösung wäre es, wenn solche Institutionen professionell wie z.B. eine öffentlich rechtliche Anstalt geführt werden können.

Das Problem:

Keine Stiftung und auch keine Gemeinde, getraut sich die heisse Kartoffel in die Hand zu nehmen und Lösungsvorschläge für eine Umwandlung der (privatrechtlichen) Stiftung in eine öffentlich rechtliche Anstalt oder andere juristisches Gebilde vorzunehmen, da sie den Weg dazu nicht kennen.

Auftrag:

Wir bitten die Regierung abzuklären und Vorschläge auszuarbeiten, wie eine Stiftung in eine andere Rechtsform umgewandelt werden kann. Damit die verschiedenen Entscheidungsebenen und Interessenskonflikte besser gelöst werden können. Dies sollte ein Hilfsmittel für die Gemeindevertreter und Stiftungen sein, welche zusätzlichen Möglichkeiten aufzeigen, wie sie sich in der neuen Landschaft "Aufgabenteilung" auch noch bewegen können.